

Gladbeck braucht den Schuldenschnitt



Mit dem Kürzungspakt, von den anderen Parteien auch gerne „Solidarpakt“ genannt, ging eine massive finanzielle Belastung der Gladbecker Bürger einher. SPD und Grüne drehten massiv an der Gebührenschaube. Eintrittsgelder, z.B. des Hallenbades, wurden erhöht, Beiträge zu VHS, Musikschule usw. wurden deutlich teurer.

Die Grundsteuer wurde von SPD, Grünen und FDP massiv erhöht. Diese Kosten werden von den Hausbesitzern auf die Mieten aufgeschlagen. In der Innenstadt zahlen Geschäftsleute deutlich höhere Grundsteuern. Das schlägt sich in den Preisen nieder, die alle Bürger für die Waren bezahlen müssen. Auch die Gewerbesteuer ist stark erhöht worden. Diese Mehrkosten legen die Unternehmen auf die Preise um, so dass auch hier die Kunden die Zeche zahlen. DIE LINKE hat den sogenannten „Solidarpakt“ immer als Kürzungspakt abgelehnt und lehnt ihn auch künftig ab. Die Entschuldung unserer Stadt ist wichtig, kann jedoch nur mit Unterstützung von Land und Bund erfolgen.

DIE LINKE. Gladbeck setzt sich ein für:

- ◀ auskömmliche Finanzierung für alle Kommunen
- ◀ Einrichtung eines Altschuldenfonds
- ◀ gerechte Gegenfinanzierung für Aufgaben, die Bund und Land auf die Stadt übertragen